

# VIelfalt ANERKENNEN UND GESTALTEN

## ZU DEN AUFGABEN VON KIRCHE UND DIAKONIE IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

### Präses Alfred Buß

Die Gesellschaft ist vielfältig geworden. In Kommunen und Stadtteilen leben heute Menschen mit unterschiedlichster kultureller, religiöser und sozialer Orientierung zusammen. Grund dafür sind nicht allein die Einwanderungsprozesse der vergangenen Jahrzehnte. Schon nach den Religionskriegen des 16. und 17. Jahrhunderts mussten die Bürgerinnen und Bürger lernen, dass ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft nicht mehr gleichbedeutend war mit der Zugehörigkeit zu einer Religion. Fortan koexistierten verschiedene Konfessionen in einem politischen Gemeinwesen.

Industrialisierung und Modernisierung führten zu einer Unterscheidung von »privat« und »öffentlich«. Auf der einen Seite ist das Individuum ganz formal Gesellschaftsmitglied, auf der anderen Seite bildet es einen eigenen Lebensstil in der Familie, in dem Gemeinwesen oder in einer Gemeinde. Im 21. Jahrhundert muss das »eigene Leben« in die eigene Hand genommen werden. Dazu orientieren sich Menschen immer weniger an DER Kultur, DER Religion, DER Kirche, als vielmehr an einer Vielfalt von Milieus, die sich immer wieder verändern und weitgehend unabhängig voneinander existieren. Diese »Individualisierung« bringt neue Freiheiten mit sich, ist zugleich aber mit neuen Zwängen und Ängsten verbunden. Je anonym der moderne Alltag und je unverbindlicher das Zusammenleben der Gesellschaftsmitglieder wird, desto größer wird die Bedeutung eines eigenen Lebensstils und der dafür nötigen kulturellen und religiösen Identifikationen.

Kultur gibt es nur im Plural, sie speist sich aus unterschiedlichen Quellen und spricht mit vielen Stimmen. Einwanderung ist dabei nur ein Faktor. Und mobil geworden sind längst auch die

sogenannten Einheimischen. Allerdings hat Migration die kulturelle und religiöse Ausdifferenzierung der Gesellschaft weiter beschleunigt. Bisher unbekannte kulturelle und religiöse Orientierungen sind hinzugekommen. Dabei ist die Migrationsbevölkerung ebenfalls keine homogene Gruppe. Mittlerweile sind ganz unterschiedliche »Migranten-Milieus« entstanden. Die zunehmende Vielfalt stellt auch die Kirche vor neue Herausforderungen. Migrationsgemeinden prägen neue Formen des Christseins, finden aber immer noch zu wenig Beachtung. Verschiedene kulturelle und religiöse Orientierungen stellen neue Anforderungen an unsere Bereitschaft zum Dialog und zur Partizipation. Kirche, Diakonie und ihre Einrichtungen sind aufgefordert, mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Einbettungen von Menschen und Lebensgeschichten sensibel und gleichberechtigt umzugehen.

Begleitet wird diese Pluralisierung allerdings von einer dramatischen Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer. Beteiligungs- und Lebenschancen sind ungleich verteilt und Eingewanderte sind davon besonders betroffen. Sie sind öfter arm, haben schlechtere Aufstiegschancen und werden vielfach auch rechtlich benachteiligt. Offenbar erhöht ein sogenannter Migrationshintergrund, die Zuwanderungsgeschichte eines Menschen, bei bestimmten Herkunftskulturen das Risiko, sozial abgehängt oder ausgegrenzt zu werden. Diese chronische und oft sogar Generationen übergreifende Ungleichbehandlung ist ein erhebliches Problem gerade in der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Wird dieses soziale Problem nicht gelöst, wird auch der Umgang mit kulturellen und religiösen Unterschieden schwieriger werden. Wo unterschiedliche Milieus ungleich behandelt werden, drohen kulturelle Orientierungen in kulturelle Ressentiments umzuschlagen. Das muss verhindert werden. Denn umgekehrt gilt auch: Wo



Foto: Evangelische Kirche von Westfalen/  
Elbracht

Verschiedene gleichberechtigt sind, ist Vielfalt kein Problem, sondern wird zur Bereicherung – für die Gesellschaft genauso wie für die Kirche. Jedenfalls hat die Kirche gute Gründe, kulturelle und religiöse Vielfalt zu bejahen und bei ihrer Gestaltung mitzuwirken.

### VIelfalt IST GOTTGEWOLLT

Die Schöpfung Gottes ist auf Vielfalt angelegt. Inmitten einer unerschöpflichen Fülle kreatürlichen Lebens schafft Gott den Menschen, der nur in Beziehung zu anderen seiner Bestimmung zum Bilde Gottes gerecht wird. »Es ist nicht gut, dass der Mensch allein sei.« (1. Mose 2,18) Geschöpf ist der Mensch nicht für sich allein, sondern nur in der Vielfalt der Daseins- und Lebensbezüge, in einer Gemeinschaft der Verschiedenen. (...)

Pluralität ist gottgewollt. Zugleich ist sie bedroht von der »Sünde des Nein zum Anderen«, von Turmbauprojekten, von Rassismus und einseitigen Absolutheitsansprüchen, die der Kirche allesamt auch aus der eigenen Geschichte nicht unbekannt sind. Eine Kirche, die um die gottgewollte Vielfalt genauso weiß wie um die eigenen Fehler und Irrwege, widersteht der Versuchung, einer Dominanzkultur das Wort zu reden. Sie setzt vielmehr auf kulturelle und re-

ligiöse Vernetzungen und Austauschprozesse. Sie will dazu beitragen, dass Vielfalt gestaltet wird, gerecht, verbindend und verbindlich. Denn das ist die große Herausforderung, vor der wir heute stehen, sowohl im Blick auf die ethnische, kulturelle oder religiöse Vielfalt der Gesellschaft, in der wir leben und arbeiten, als auch im Blick auf die weltweite Ökumene, die heute Teil einer globalisierten Weltgesellschaft geworden ist, in der jeder Teil vom Anderen abhängig ist.

### **VIelfALT GERECHT GESTALTEN**

Schon immer haben sich Menschen freiwillig und unfreiwillig auf den Weg gemacht. Die Heilsgeschichte Israels selbst beginnt mit der Aufforderung Gottes an Abraham, sich auf Wandererschaft zu begeben (Gen 12, 1-3).

Mehr als 175 Millionen Menschen leben weltweit als Migrantinnen und Migranten in einem Staat, der nicht ihre ursprüngliche Heimat ist. Migration ist ein globales Phänomen. Grenzüberschreitende Zu- und Abwanderung sind ein selbstverständlicher Bestandteil von Globalisierung geworden und sollten deshalb folgerichtig auch als menschliches Recht Anerkennung finden. Als Kirche treten wir deshalb ein für legale Zugänge in die Europäische Union. Europa sollte die humanitären Anforderungen, die mit Migration verbunden sind, nicht einseitig anderen überlassen, seien es die Herkunftsregionen oder die Länder der EU, die diese Menschen zuerst aufnehmen. Als Aufnehmende gilt es, Humanität und Nützlichkeit nicht gegeneinander auszuspielen. Flüchtlinge und Vertriebene sind unter allen Migranten eine besonders zu beachtende Teilgruppe.

»Herr, deine Werke sind so groß und viel!«, heißt es im 104. Psalm, der Gottes gute Schöpfung besingt. »Du hast sie alle weise geordnet, und die Erde ist voll deiner Güter.« Wenn wir heute auf den bewohnten Erdkreis schauen, dem gegenüber wir als Kirche Verantwortung tragen, müssen wir nüchtern feststellen: Die Erde ist zwar voller Güter, aber sie sind so ungleich verteilt wie noch nie. Die allmählich entstehende Weltgesellschaft ist alles andere als weise geordnet. Die Weltfinanzkrise ist bisher nur das letzte der Menetekel. Ar-

mut, Ernährungskrise und Klimachaos sind andere, deren Ausmaße durch die Finanzkrise noch größer zu werden drohen.

Während für die Rettung der Weltwirtschaft Hunderte von Milliarden US-Dollar aufgebracht werden, erscheint es aktuell bei den Vereinten Nationen zugleich nicht möglich zu sein, 7 Milliarden US-Dollar für 30 Millionen Hungernde zur Verfügung zu stellen. Für die Armen wirkt sich die Weltfinanzkrise verheerend aus. Zunehmend gibt es soziale Unruhen, die, etwa in der Verteuerung von Lebensmitteln, dem Hunger der Menschen oder der ungerechten Verteilung des Reichtums unserer Schöpfung ihren Ausgangspunkt haben.

Die aus den Fugen geratene Welt weiser und gerecht zu ordnen, wird nur gelingen, wenn wir die Menschenrechte in unserem Handeln zur handlungsleitenden Norm erheben. Und das bedeutet im Kern: Jeder Mensch auf Erden hat das Recht auf ein würdiges und auskömmliches Leben. Dieses Recht des Menschen, für uns als Christen abgeleitet von »Gottes Spielregeln«, ist nicht abwägbar und nicht verhandelbar. Und es kann auch keinen Raum geben – etwa die offene See rund um Europa – wo dieses Recht nicht gilt, wenn Menschen dem Tod preisgegeben werden. Wer die Menschenrechte wirklich ernst nimmt, kann nicht hinneh-

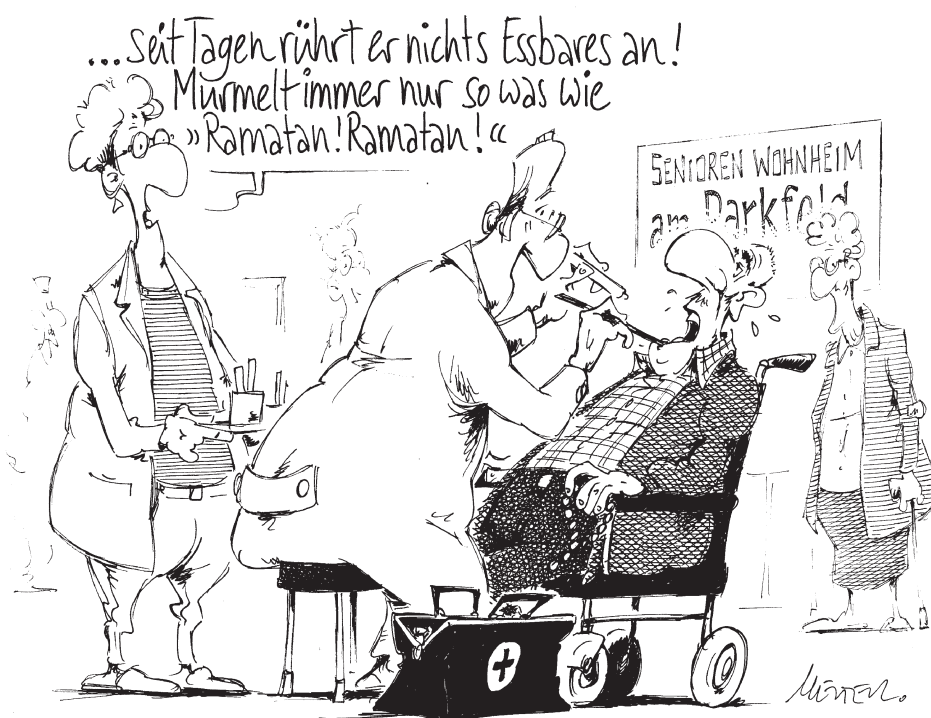
men und nicht ertragen, was zurzeit an den Außengrenzen Europas geschieht, wenn Flüchtlinge abgewiesen werden. Wer die Menschenrechte ernst nimmt, erhebt sie beim Flüchtlingsschutz zum Maßstab und kann sie in Deutschland auch nicht einer größer werdenden Gruppe von Menschen vorenthalten, nur weil sie keine Ausweispapiere haben.

Für Kirche und Diakonie gilt: Ihre Angebote stehen allen Menschen offen, die sich aus freien Stücken oder durch schwierige politische, wirtschaftliche und soziale Bedingungen veranlasst oder gezwungen sehen, ihr Land und ihre Kultur zu verlassen und in Deutschland um Aufnahme ersuchen – unabhängig von der Bezeichnung und dem Status, die andere ihnen geben.

Als Kirche haben wir den besonderen Auftrag, den »Schwachen« beizustehen. Deshalb liegt uns der Schutz von Flüchtlingen und Vertriebenen, der Opfer von Menschenhandel und der Menschen ohne Aufenthaltspapiere besonders am Herzen.

### **TEILHABE GEWÄHREN – MINDERHEITEN SCHÜTZEN**

In den letzten 50 Jahren kamen vor allem ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Familien, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie Flüchtlinge nach Deutschland.

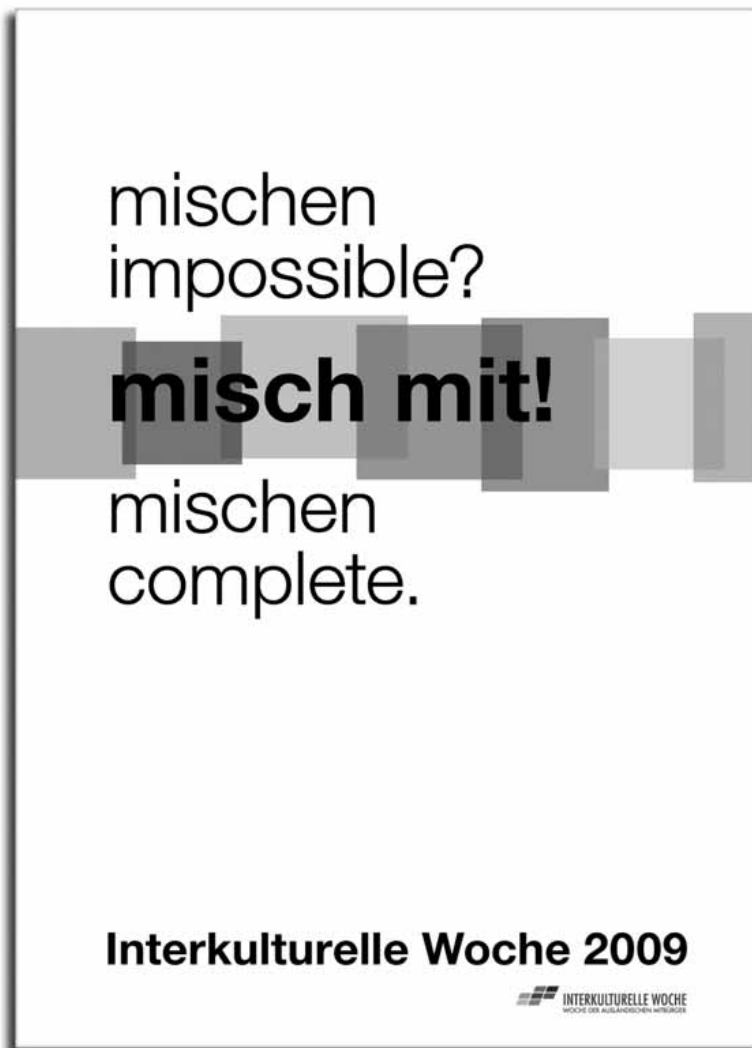


Das Motiv »mission complete« – erarbeitet von Daniel Welsch, Michelangelo Mochi und Johanna Pingel an der Freien Hochschule für Grafik-Design und Bildende Kunst Freiburg e.V. – ist als Postkarte (vierfarbig, siehe Rückseite) erhältlich. Es wurde im Rahmen des Plakatwettbewerbs zur Interkulturellen Woche 2009 ausgezeichnet.

Bis 49 Expl. je 0,25 €, ab 50 Expl. 0,20 € zzgl. Versandkosten.

**Bestelladresse:**

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss  
Postfach 16 06 46  
60069 Frankfurt/M.  
Tel.: 069 / 23 06 05  
Fax: 069 / 23 06 50  
info@interkulturellewoche.de  
www.interkulturellewoche.de



So verschieden ihre Wandermotive auch sein mögen: Einmal in Deutschland eint viele das Bestreben, hier ein neues Leben aufzubauen. Sie unterscheiden, ob und wie umfassend ihnen dies durch unsere Gesetze zugestanden wurde und wird. Es gilt deshalb, genau zu analysieren, welche der Zugangsschwierigkeiten der Menschen mit Migrationshintergrund Ursachen in ihrer ethnischen, kulturellen oder religiösen Orientierung haben und welche in asyl- und aufenthaltsrechtlichen und anderen Bestimmungen begründet sind.

Die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind Teil unserer Gesellschaft. Aber unsere Institutionen müssen dies oft erst erkennen. Auch aus der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen wissen wir in der Kirche um die Bedeutung von Inklusionsstrategien. »Sonderwelten« der Ausgrenzung müssen wir verhindern. Staatsvolk und Wohnbevölkerung müssen mehr zusammengeführt werden. Unser Leitmotiv muss ein offenes Europa sein, in dem Menschen verschiedenster Herkunft gleichberechtigt

und ohne Diskriminierung ihren Platz finden. Nur so erhalten sie eine faire Chance, mit allen Rechten und Pflichten Teil zu haben und Teil zu werden in der Arbeitswelt ebenso wie in unseren Nachbarschaften.

Mittlerweile leben in Deutschland mehr als 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Aufgenommen in unser Gemeinwesen unterliegt ein Großteil von ihnen rechtlich immer noch dem ordnungspolitisch ausgerichteten Asyl- und Ausländerrecht. Über 7 Millionen Menschen in Deutschland gelten vor dem Gesetz als Ausländerinnen und Ausländer. Die Mehrzahl von ihnen versteht sich aber als Inländer, da sie ihren Lebensmittelpunkt schon viele Jahre oder Jahrzehnte in Deutschland haben. Enge Vorgaben im Staatsangehörigkeits-, im Zuwanderungsbegrenzungs- und in der Folge in der Sozialgesetzgebung bewirken, dass diese Menschen immer noch nicht gleichberechtigter Teil der Gesellschaft sind. Als Kirche treten wir dafür ein, diesen Menschen als Bürger und Bürgerinnen

gleiche Rechte zuteil werden zu lassen und ihnen Teilhabemöglichkeiten zuzusprechen. Das Motto der Interkulturellen Woche 2009 bringt es auf den Punkt: »Misch mit!«.

**DIE VIelfALT VERBINDLICH GESTALTEN**

In Deutschland sollten wir genauer hinschauen und mehr als bisher der Frage nachgehen, wo wir durch unsere Gesetze und Mentalitäten Menschen mit Migrationshintergrund künstlich zu Ausländerinnen und Ausländern und damit zu »Fremden« machen.

Statt einer Kulturalisierung sozialer Ungleichheit Vorschub zu leisten, stehen wir vor der Notwendigkeit, Minderheitenrechte zu schützen, die rechtliche Gleichstellung zu befördern, sowie Dialog und Partizipation zu organisieren. Dies setzt eine Begegnung auf gleicher Augenhöhe voraus.

»Da ist nicht mehr Grieche oder Jude, Beschnittener oder Unbeschnittener, Nichtgrieche, Skythe, Sklave, Freier,

sondern alles und in allen Christus«, heißt es im Kolosserbrief (Kol. 3,11). Innerhalb der Gemeinschaft werden soziale und kulturelle Differenzierungen dadurch aufgehoben, dass die Einheit aller Glaubenden »in Christus« betont wird. Dies führt zur Akzeptanz des Einzelnen als Individuum. Diese christliche Überzeugung gilt es in die heutige Realität einer pluralen Einwanderungsgesellschaft zu übersetzen.

Grundlegend stellen wir nach mehr als 40 Jahren in der Integrationsarbeit fest, dass spätestens ab der 2. Generation gilt: Es liegt in aller Regel nicht in der Migration an sich, in fehlenden deutschen Sprachkenntnissen oder in kultureller Verschiedenheit begründet, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ausgegrenzt werden. Viel zu oft erreichen sie nur die niedrigeren schulischen und beruflichen Bildungsabschlüsse

und finden nur in weniger qualifizierten Berufen einen Zugang zum Arbeitsmarkt. So ist zum Beispiel das deutsche schulische und berufliche Bildungssystem so zu reformieren, dass diese Kinder mit ihren spezifischen Bedürfnissen wahrgenommen und gleich gefördert werden. Wie bei »deutschen« Kindern aus finanziell unzureichend ausgestatteten Elternhäusern oder solchen, die bildungsfern sind, gilt es, herauszufinden, welche spezifische Förderung zur Verbesserung der Bildungschancen nötig ist. Neben kulturspezifischen Gesichtspunkten wie etwa dem Familien- und Frauenbild oder dem Stellenwert der Muttersprache sind hier die Startbedingungen von Bedeutung, die Elternhäuser ihrem Kind materiell und hinsichtlich des eigenen Bildungsstandards mit auf den Weg geben können. Ähnliches gilt für die sozialen Einrichtungen etwa der Kinder- und Jugend-

hilfe oder für die Einrichtungen mit Hilfen für erkrankte oder ältere Menschen. Stärker als bisher müssen diese ihre Angebote auf die gesamte Wohnbevölkerung, und das bedeutet heute eben kultursensibel, ausrichten.

## INTEGRATION DES GEMEINWESENS

Integration findet vor allem vor Ort statt. Viele Migrantinnen und Migranten haben Schwierigkeiten, sich mit Deutschland zu identifizieren, erst recht, sich als »Deutsche« zu bezeichnen. Ganz anders verhält es sich allerdings im Blick auf Städte und Stadtteile. Die jüngste Forschung zeigt: Die Bezüge zum Gemeinwesen, in dem sie leben, sind in der Regel sehr stark ausgebildet. Im Vergleich zu anderen Einwanderungsländern scheint die lokale Bindung, die Identifikation mit einer Stadt oder einem Stadtteil, bei in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten sogar besonders stark ausgeprägt zu sein. Das ist ein Pfund, mit dem jede kommunale Integrationspolitik wuchern kann und sollte. Und das ist ein wichtiger Anknüpfungspunkt für alle Kirchengemeinden, die nicht nur die Kerngemeinde, sondern den ganzen Sozialraum im Blick haben.

■ Präses Alfred Buß ist Präses der Evangelischen Kirche in Westfalen und Vorsitzender der Kommission für Migration und Integration der EKD.

Dieser Beitrag ist ein Auszug aus: Vielfalt anerkennen und gestalten, in: »danken und dienen«, März 2009, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hrsg.).

Weitere Informationen hierzu in nebenstehendem Kasten.

■ Kontakt: Präses Alfred Buß,  
Evangelische Kirche von Westfalen  
Landeskirchenamt  
Altstädter Kirchplatz 5, 33602 Bielefeld  
Tel.: 0521 / 594-201  
Sekretariat\_Praeses@lka.de

### »Gib mir eine Chance«

– unter dieser »Headline« legt das Diakonische Werk der EKD 2009 den Schwerpunkt auf das Thema »Diakonie in der Einwanderungsgesellschaft«. Die diesjährige Ausgabe der Publikationsreihe »danken und dienen« des Diakonischen Werkes der EKD ist der inhaltlichen Vertiefung des Themas gewidmet.

Den hier im Materialheft zur Interkulturellen Woche 2009 in Auszügen dokumentierten Beitrag von Präses Alfred Buß, dem Vorsitzenden der Kommission für Migration und Integration der EKD »Vielfalt anerkennen und gestalten« können Sie dort im Volltext lesen. Weitere Grundsatzartikel beschäftigen sich mit den Aufgaben und Möglichkeiten von Kirche und Diakonie, die Einwanderungsgesellschaft mit zu gestalten. Nicht nur diakonische Einrichtungen, sondern auch die Kirchengemeinden sind gefragt, das Leben von Menschen anderer Herkunft, zum Beispiel afrikanischer Christen, Aussiedlern aus Russland oder Flüchtlingen etwa aus dem Nahen Osten, in ihrer Stadt oder Gemeinde wahrzunehmen. Sie sind aufgefordert, sich darüber klar zu werden, dass damit Prozesse beginnen und bereits begonnen haben, die im Endeffekt auch zu Veränderungen bei ihnen selber führen müssen und werden. In dem Heft werden viele Projekte und Beispiele aus der Praxis vorgestellt.

■ Das Heft kostet 2,50 Euro und ist zu beziehen über:  
Diakonisches Werk der EKD e. V.  
Reichensteiner Weg 24, 14195 Berlin  
Tel.: 030 / 830 01-0, Fax: 030 / 830 01-222  
coccia@diakonie.de, www.diakonie.de

